

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Z/NIK/26

Bonn, den 6. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Innere Führung setzt sich durch</u> Neues Kapitel in der jungen Geschichte der Bundeswehr Von Werner Buchstaller, MdB	41
2 - 3	<u>Das Unbehagen an der Politik</u> "Harmonisierung" des politischen Lebens oder politischer Kampf Von Dr. Renate Lepsius	95
4	<u>Unsere Jugend braucht mehr Turnunterricht</u> Hessen geht neue Wege Von Frank Sommer	40
5	<u>"Afrikanische Demokratie"</u> Entwicklung zum Ein-Parteien-Staat Von Egon Rennert	47

Chefredakteur Günter Markscheffel

Innere Führung setzt sich durch

Neues Kapitel in der jungen Geschichte der Bundeswehr

Von Werner Buchstaller, MdB

Die restaurativen Kräfte innerhalb der Bundeswehr mußten in diesen Tagen ihre größte Niederlage hinnehmen. Bundesverteidigungsminister von Kassel ließ allen Einheiten der Bundeswehr eine ausführliche Stellungnahme zu den Vorkommnissen bei der ehemaligen Nagolder-Fallschirmjäger-Ausbildungskompanie 6/9 zuleiten und verband damit eine deutliche Unterstreichung der Grundsätze der Inneren Führung der Bundeswehr.

Längst vor der unrühmlichen Nagold-Affäre hatten sich mancherorts Aufweichungstendenzen im inneren Führungsgefüge gezeigt. So genannte Traditionalisten im älteren Offizierskorps zeigten sich äußerst reserviert gegenüber den Richtlinien für die Menschenführung und Erziehung, und die Folge davon war, daß nicht selten die Grundsätze der Inneren Führung mehr diskutiert als angewandt wurden.

Es ist gut, daß die klare Aussage des Ministers nun keinen Spielraum mehr für Spekulationen läßt. Die Grundsätze der Inneren Führung und die Richtlinien für die Menschenführung und Erziehung sind bindender Befehl. Verstöße dagegen sind Befehlsverweigerung. Damit ist eine Klarstellung erfolgt, die auch militärisch nicht mehr mißverstanden werden kann. Zugleich wird damit deutlich, daß die Verantwortlichkeit für die Menschenführung nicht auf die Unterführer abgewälzt werden kann. Es ist zu hoffen, daß diese Einstellung auch bei den Disziplinarverfahren im Falle Nagold einen entsprechenden Niederschlag finden wird.

Die Wahrung der Grundsätze der Inneren Führung ist aber nicht nur eine Angelegenheit der militärischen Vorgesetzten. Jeder Soldat ist dazu angehalten. Zu den Eigenschaften des Soldaten von heute muß auch der Mut gehören, vom Beschwerderecht Gebrauch zu machen, wenn durch Befehle oder Maßnahmen die Würde und persönliche Ehre verletzt wird. Der Soldat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich gegen Unrecht zur Wehr zu setzen.

Eine moderne Armee, eingefügt in unsere freiheitliche Gesellschafts- und Staatsordnung, kann nicht ausschließlich auf dem Gesetz von Befehl und Gehorsam fassen; sie bedarf vielmehr darüber hinaus einer starken Vertrauensbasis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Die konsequente Durchsetzung der Grundsätze der Inneren Führung in allen Bereichen und auf allen Ebenen ist dafür eine entscheidende Voraussetzung.

Wer das nicht einzusehen vermag, ist in unserer Bundeswehr fehl am Platze. So gesehen kann die Kontrollfunktion des Parlaments und die Wachsamkeit der Öffentlichkeit gegenüber Vorgängen in der Bundeswehr nicht stark genug sein.

+ + +

Das Unbehagen an der Politik

"Harmonisierung" des politischen Lebens oder politischer Kampf

Von Dr. Renate Lepsius

In letzter Zeit mehrt sich die Flut wohltönender Begriffe, die im politischen Sprachgebrauch herumgeistern. Wie Beschwörungsformeln werden sie beständig gebraucht, ohne dass sie deshalb auch nur entfernt jene gesellschaftliche Situation präzise umreißen würden, die ganz besonders kluge Leute als "Krise der Demokratie" zu bezeichnen belieben. Scheint sich nicht diese sogenannte Krise der Demokratie mehr denn je in den Köpfen all jener Menschen abzuspielden, die mit verschwommenen Gefühlen dumpfes Unbehagen statt erhellender Situationskritik ausbrüten?

Wahrlich, es hat sich mittlerweile herumgesprochen: Wir haben das Ende der Ära Adenauer. Das bedeutet nicht nur: Die Glasglocke, unter der wir eine Reihe von Jahren gelebt haben, ist abgenommen. Für viele bedeutet es ebenso, sie müssen eigene Schritte wagen, wo bisher die Bahn vorgezeichnet erschien. Mehr noch bedeutet es, dass wir ins Stadium einer durchaus kritischen Auseinandersetzung all jener politischen Werte und parlamentarischen Institutionen eintreten, die bisher mit Tabus belegt waren, eine Tatsache, die lediglich zum Ausdruck bringt, dass wir jetzt unsere politische Mündigkeit unter Beweis stellen müssen.

Parlament - geistiges Schlachtfeld der Nation?

Viel ist die Rede von der Harmonisierung der Politik und des parlamentarischen Lebens, einer sich anbahnenden Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, einer Annäherung der politischen Standorte der Parteien selbst, ihrer liebevollen Umarmung im modernen Pragmatismus, der Entideologisierung der Parteien und dergleichen mehr. Die einen bekümmert, dass das Parlament nicht mehr das "geistige Schlachtfeld der Nation" sei, der eigentliche Ort politischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen, Andere wiederum folgern, dass "echte" politische Opposition heute nur noch von ein paar Zeitschriften und Zeitungen betrieben würde, während die SPD die ihr "auf den Leib zugeschnittene" Rolle der Opposition nicht mehr ausfülle.

In ihrer Überheblichkeit merken all jene Kritiker nicht, dass beides, parlamentarische Kritik im Rahmen des Parlaments wie öffentliche Kritik im Rahmen der Öffentlichkeit vor Presse, Rundfunk und Fernsehen, lebenswichtig und Ausdruck eines sich neu gestaltender, leidenschaftlicher Mitlebens in der Demokratie ist. Dass sich diese Kritik nicht mehr länger in den vorgezeichneten Bahnen einer ideologisch fixierten Abstraktion abspielt, dass es sich heute nicht mehr darum handeln kann, hier schwarz und dort rot zu malen, hier den Klassenfeind und dort den Freund zu beschwören und mit dieser grossen Vereinfachung schwieriger gesellschaftlicher Tatbestände eine Politik zu machen, die an der Wirklichkeit der vielfältigen pluralistischen Verflechtungen notwendig vorbeigehen muss, das allerdings mag für eine Reihe von Menschen sicher schwierig sein. Andererseits enthebt es uns nicht der Notwendigkeit, die zahllosen politischen und sozialen Konflikte, die in der menschlichen Natur und in der Gesellschaft angelegt sind, um so präziser anzublenden und zu erhellen, das heisst, diese sozialen Konflikte politisch auszutragen. Nicht auf ihre Verdunkelung,

auf die Erhellung dieser sozialen und politischen Konflikte kommt alles an!

Streit unter gleichen und gleichberechtigten Partnern

Herbert Wehner hat kürzlich einmal von dem grossen politischen Streit gesprochen, auf den es heute nach wie vor ankomme. Angesichts der politischen Unlust und des Unbehagens, die sich vielfach aus einem Mangel an politischer Einsicht oder dem Fehlen vereinfachender Schwarzweissparolen ausgebreitet haben, scheint es uns wichtig, dies noch einmal besonders herauszustellen.

"Und wenn nun wieder gesagt wird, die SPD und ich im besonderen hätten eine Taktik der Umarmung entwickelt: Ich pflege gelegentlich zu sagen, dass ich es mir sehr genau überlege, wen ich umarme. Hier geht's um einen Verlegenheitsbegriff, den sich die Gegenseite nicht ungeschickt angeeignet hat und den manche gedankenlos aufgreifen. Die Wirklichkeit ist ja ganz anders. In Wirklichkeit wollen wir auf einen grossen Streit hinaus - Streit: Ich buchstabiere: S t r e i t, aber einen Streit unter gleichen und gleichberechtigten Partnern. Nicht auf einen Streit, bei dem wir von vornherein als der Unsicherheitsfaktor in der Bundesrepublik und in ganz Deutschland abqualifiziert sind... Streit um das, was notwendig ist für unser Volk, und Streit darum, wie das Notwendige möglich gemacht werden soll und kann, diesen Streit wollen wir. Auf den gehen wir los - das ist etwas ganz anderes als das, was Umarmung ist. Bei manchen kommt der Streit nach der Umarmung. Wir haben weiter gar nichts vor uns gehabt und haben weiter gar nichts vor als das: der Verteufelung, der Verketzerung, der Disqualifizierung dieses Partners, dieser so tief in Sozialen verpflichteten, wurzelnden Partei nicht nur vorzubeugen, sondern sie künftig unmöglich zu machen."

Um der politischen Freiheit willen

Der Streit, von dem Herbert Wehner gesprochen hat, ist nichts anderes als die hartnäckige politische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Diese beständige politische Auseinandersetzung zwischen den grossen politischen Parteien, sie wird nicht um ihrer selbst willen geführt, sondern um der politischen Freiheit willen, die nur auf diese Weise immer wieder erneut gesichert wird. Zwar haben wir heute einen Bundeskanzler, der sich am liebsten als Mann, der über den Parteien steht, zu bezeichnen pflegt und damit an Kaiser Wilhelm erinnert. Zwar haben wir einen Kanzler, der mit dieser Methode in Deutschland alteingewurzelte obrigkeitliche, antiparlamentarische und antipolitische Ressentiments zu mobilisieren versucht. Zwar haben wir einen Kanzler, dessen pathetische Deklamationen und moralisierende Maßhalteparolen nun schon seit Jahren seinen Mangel an politischer Entscheidungsbereitschaft verdunkeln und verschleiern sollen. Und doch wird Erhard über kurz oder lang gezwungen sein, statt eine unverbindliche Moral zu verkündigen, politische Entscheidungen zu fällen. Die parlamentarische Schonzeit für den neuen Kanzler ist vorbei. Vorbei auch die Zeit moralisierender Platitüden.

Unsere Jugend braucht mehr Turnunterricht

Hessen geht neue Wege

Von Frank Sommer

Mit der Gesundheit der Jugendlichen in der Bundesrepublik ist es schlecht bestellt. Besonders häufig leiden unsere jungen Menschen an Haltungsschäden und allgemein schlechter körperlicher Konstitution. Fachleute sind sich darüber klar, dass diese Mängel zum grossen Teil eine Folge der unzureichenden sportlichen Betätigung der Jugend in den Schulen sind. Willi D a u m e, Präsident des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees, kritisierte unlängst mit harten Worten "Mißstände der schulischen Leibeserziehung" und nannte beunruhigende Zahlen.

In Hessen besser

Im sozialdemokratisch regierten Hessen hat man die Bedeutung der Leibeserziehung in den Schulen für die Volksgesundheit längst erkannt und erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet unternommen. Sie tragen ihre Früchte bereits jetzt in einem deutlich sichtbaren Vorsprung gegenüber manchen anderen Bundesländern. Neben den vielen Millionen, die das Innenministerium des Landes als gezielte Finanzhilfen beim Bau von Turnhallen, Hallenbädern, Sportplätzen und dergleichen mehr gewährte, wuchsen auch die Zuwendungen des hessischen Kultusministeriums stetig. Betrugen die Beihilfen des Landes für den Sportstättenbau 1960 noch rund 3,5 Millionen DM, so waren es im Jahre 1963 bereits 12,5 Millionen DM.

Mehr Sportlehrer

Es genügt jedoch nicht, die für die sportliche Ertüchtigung der Jugend erforderlichen Anlagen zu bauen. Mindestens ebenso wichtig ist die Heranbildung geeigneter Lehrkräfte in ausreichender Zahl, zumal sich der allgemein herrschende Lehrermangel auch auf diesem Gebiet immer stärker bemerkbar macht. Hessen sucht daher auch hier nach neuen Wegen, die ausgefahrenen Gleise der Vergangenheit sind den Aufgaben der Zukunft nicht mehr gewachsen.

In den 1963 gegründeten pädagogischen Fachinstituten Hessens werden Lehrer für technisch-musische Fächer ausgebildet, also auch Turn- und Sportlehrer, die den drohenden Mangel an Fachlehrern überwinden helfen. Es ist vorgesehen, die Sportstunden-Zahl an den Schulen im gleichen Maße zu erhöhen, wie der Zugang ausgebildeter Sportlehrer es erlaubt. Dabei will man den Turnunterricht keineswegs nur auf die Volksschule beschränken; auch die Schüler allgemein- und berufsbildender Schulen sollen in Hessen künftig einen fachgerechten Turn- und Sportunterricht erhalten.

+ * +

"Afrikanische Demokratie"

Von Egon Rehnert

Eine neue "revolutionäre Phase" für Ghana kündigte Staatspräsident Dr. Kwame Nkrumah dieser Tage in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung nach Abschluss der Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung an. Der "Schwarze Cromwell" West-Afrikas, der 99,9 % der ghanaischen Wähler an der politischen "Kasse" sich für den Ein-Parteien-Staat aussprechen liess, will die absolute Herrschaft. Indem die Bevölkerung seiner Partei, die jetzt die einzige im Lande wird, ihr Vertrauen gegeben habe, hätte sie die Entschlossenheit Ghanas bewiesen, eine "sozialistische Gesellschaft" zu schaffen.

Der Schritt zum Ein-Parteien-Staat ist für afrikanische Verhältnisse gewisse folgerichtig, denn was bedeutet schon Demokratie dort, wo die Bevölkerung trotz einer juristischen Staatsform in Kollektiv von Clan, Stamm, Sippe und Dorfgemeinschaft mit wechselnder Beziehung denkt und lebt. Hier wirkt das Geschenk der europäischen Demokratie so, wie wenn einem Kinde ein Rasiermesser geschenkt wird.

Der schwarze Messias Nkrumah, der in Oxford promovierte, hat also nur eine Alternative: Regieren, und diese ist jenseits aller europäischen Vorstellungen. Sie ist jenseits von Kommunismus, Sozialismus und Kapitalismus. Sie ist afrikanisch. So wie der Ashantekene (Gott-König) über den Stamm der Ashanti (Ghana) thronte, so ist Nkrumah zum Regieren gezwungen, denn die Kluft zwischen der Elite und dem Gegenteil lässt ihm kaum eine andere Wahl.

Wie Friedrich Schiller in seinen philosophischen Schriften aussagt, dass das Naturstaat-Denken folgerichtig von einem autoritären Herrscher überwunden werden kann, so folgerichtig handelt Nkrumah und deutete Julius K. Nyerere, Staatspräsident von Tanganjika, am 14. Januar 1963 das Ein-Parteien-System. Nach seiner Darstellung ist es die Herrschaft der sentimentalischen Elite über die naive Masse. Nyerere schreibt zwar: "Niemand, der die afrikanischen Verhältnisse kennt, kann jedoch leugnen, dass wir trotz unserer Einheitspartei sehr demokratisch sind. Unsere Demokratie liegt mehr innerhalb als ausserhalb der Partei."

Aber die "Ein-Parteien-Demokratie" ist in der Tat eine Verfälschung der von Engländern als Erbe in Afrika zurückgelassener "repräsentativen Westminster-Demokratie" zugunsten der parallelen Identität von Regierung und nationaler Bewegung, die in einer einzigen Partei aufgegangen ist. Interessant ist hierbei, dass auch das Ein-Parteien-System nicht ohne externe Opposition ist. So wie auch in anderen Staaten zu beobachten ist, fällt auch dort die Aufgabe der Opposition der Gewerkschaft zu.

Alle anderen Lesarten von europäischen Staatsformen sind für die Afrikaner nur eine Methode, mit der sie den Anschluss an die Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts finden wollen. Zu dieser Folgerung kam ebenfalls Prof. Carlo Schmid nach seiner Teilnahme an afrikanischen, sozialistischen Kongress Ende 1962 in Dakar. Er schrieb danach: "Was sich die Afrikaner unter Sozialismus vorstellen, hat mit dem Marxismus überkommener europäischer Tradition nichts zu tun. Sie verstehen darunter eine Methode, sich so bald wie möglich auf eigene Füße stellen zu können, um auf die Fremden verzichten zu können".